



Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

am 20. April 2010

I. Die politische Lage in Deutschland

- **Trauer um gefallene deutsche Soldaten:** In der vergangenen Woche sind bei einem Anschlag von regierungsfeindlichen Kräften vier deutsche Soldaten getötet und fünf weitere verwundet worden. Erst am Karfreitag waren drei deutsche Soldaten bei einem Gefecht im Raum Kundus gefallen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freunden der getöteten und verwundeten Soldaten. Der Tod unserer Soldaten erfüllt uns mit großer Trauer. Die Gefallenen waren im Rahmen der Operation TOAHID II im Einsatz, um strategisch wichtige Brücken zu sichern. Die Aufgabe unserer Soldaten in Afghanistan ist es, die afghanische Regierung bei der Herstellung von Sicherheit zu unterstützen. Nur wenn wir ein Mindestmaß an Stabilität erreichen, kann verhindert werden, dass Afghanistan erneut zur Ausgangsbasis für global operierende Terroristen wird. Auf diesen Zusammenhang müssen wir auch jetzt wieder hinweisen und deutlich machen, dass die Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz sind, ihren Dienst für unsere Sicherheit leisten.

Der Deutsche Bundestag hat das Mandat für den Einsatz immer mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit verabschiedet – zuletzt im Januar dieses Jahres. Dieser breite parlamentarische Konsens ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass unsere Soldaten ihren Dienst mit der notwendigen Unterstützung aus Deutschland leisten können. Aus diesem Grund ist es auch jetzt wichtig,

verantwortungsvoll über diesen Einsatz zu diskutieren. Am Donnerstag werden wir dazu im Anschluss an die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel Gelegenheit haben.

- **In Trauer mit Polen verbunden:** Mit einem Staatsakt sind der polnische Präsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau Maria Kaczyńska am Sonntag auf der Wawel-Burg in Krakau beigesetzt worden. An der Trauerfeier in Krakau nahmen für Deutschland Bundespräsident Horst Köhler und Außenminister Guido Westerwelle teil. Der Tod zahlreicher führender Repräsentanten unseres östlichen Nachbarn ist eine nationale Tragödie.

Wir können den Schmerz der Polen nachvollziehen und fühlen uns in Trauer mit unseren Nachbarn und Freunden verbunden.

Bei dem Absturz sind auch Freunde und Partner, mit denen wir über unsere Schwesterparteien politisch zusammengearbeitet haben, ums Leben gekommen. Wir trauern mit dem polnischen Volk und mit den Angehörigen der Opfer. In den kommenden Wochen wird Polen den Weg zurück in die Normalität suchen. Auch diesen Weg wollen wir mit Anteilnahme begleiten.

- **Die Koalition handelt:** Mit dem Beschäftigungschancengesetz setzen wir unseren erfolgreichen Weg aus der Krise fort. Union und FDP sind der Finanz- und Wirtschaftskrise in den ersten Monaten der neuen Wahlperiode mit einem Maßnahmenbündel entschlossen entgegen getreten. Die von uns angepasste Kurzarbeitergeldregelung und eine flexiblere Tarifvertragsgestaltung haben es den Unternehmen erlaubt, ihre Arbeitnehmer auch in der Krise weiter zu beschäftigen. Der Arbeitsmarkt zeigt sich deshalb außerordentlich robust: In ihrer Frühjahrsprognose rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute damit, dass die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 8,1% in 2010 und 7,9% in 2011 sinken wird. Unseren erfolgreichen Weg setzen wir nun mit dem Beschäftigungschancengesetz fort: Die bestehende Sonderregelung zur Förderung der Kurzarbeit wird bis März 2012 verlängert und den Unternehmen damit Planungssicherheit gegeben. Darüber hinaus verlängern wir auch die Sonderregelung, dass Kurzarbeitergeld für Zeitarbeiter unter den gleichen Voraussetzungen wie für andere Arbeitnehmer möglich ist.

Im Jahresdurchschnitt erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute für 2010 bei noch erheblichen Risiken für die Konjunktur im weltwirtschaftlichen Umfeld und im Bankenbereich aufgrund der Belebung der Exportnachfrage ein wirtschaftliches Wachstum von 1,5%. Für 2011 sagen sie ein Wachstum von 1,4% voraus.

Anders ist die Lage bei den öffentlichen Haushalten. Hier erwarten die Institute für dieses und nächstes Jahr einen Anstieg der Defizite auf 4,9% bzw. 4,2%, unter Berücksichtigung erster möglicher Konsolidierungsmaßnahmen im Haushalt 2011. Die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse verlangt nämlich ab dem Jahr 2011 eine jährliche zusätzliche Konsolidierung des strukturellen Defizits um rund 10 Mrd. € bis zum Jahr 2016. Die Institute plädieren für eine ausgabenseitige Konsolidierung. Unterstützung leisten die Institute für die Entscheidung der Bundesregierung und des Europäischen Rates, im Falle Griechenlands den Internationalen Währungsfonds in die möglicherweise erforderlichen Unterstützungsmaßnahmen einzubinden. Über mögliche bilaterale Hilfen für Griechenland im europäischen Rahmen muss aber gesondert entschieden werden.

- **Deutschland soll Leitmarkt für Elektromobilität werden:** Die Bundesregierung will deshalb im Rahmen eines Gipfelgesprächs mit Experten, Unternehmens- und Verbandsvertretern am 3. Mai den Startschuss für eine Nationale Plattform Elektromobilität geben. Für die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich alternativer Antriebe wird die Bundesregierung erhebliche Mittel bereit stellen. Die Konjunkturprogramme der Bundesregierung enthalten zudem eine Zusage von weiteren 500 Mio. € bis zum Jahr 2011. Innerhalb der Bundesregierung gibt es dabei bereits eine abgestimmte Konzeption zur Förderung von Modellregionen für Elektromobilität, deren Entwicklung durch den Bund mit 115 Mio. € unterstützt wird. In acht Modellregionen, so bspw. in Hamburg und in Berlin, werden zukunftsweisende, ganzheitliche Verkehrskonzepte für Elektromobilität erprobt. Bereits gestern hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Fachgespräch den maßgeblichen Akteuren eine Plattform geboten, um die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen sowie politischen Aspekte dieses Themas zu erörtern. Ausgehend von dem Ziel, in den kommenden zehn Jahren eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen zu

bringen, geht es jetzt bspw. darum, in den Ballungsräumen möglichst zügig den Aufbau eines Netzes von Ladestellen für Elektrofahrzeuge voranzubringen.

II. Die Woche im Parlament:

- Bundeskanzlerin Angela Merkel wird am Donnerstag eine **Regierungserklärung** zu unserem Einsatz in **Afghanistan** abgeben.
- Bundesminister Peter Ramsauer wird am Mittwoch im Rahmen einer **Regierungserklärung** zur **Sicherheit im Luftverkehr** sprechen.
- Eine **Regierungserklärung** zur **Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute** im Frühjahr 2010 (Frühjahrgutachten) sowie zur turnusgemäßen **Frühjahrsprojektion der Bundesregierung** wird Bundesminister Rainer Brüderle am Freitag abgeben.
- Das in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung anstehende **Erste Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes** dient der 1:1 Umsetzung der Richtlinie 2007/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität (Audiovisuelle-Mediendienste-Richtlinie). Die Richtlinie aktualisiert die Vorschriften für die audiovisuelle Branche und schafft einen umfassenden Rechtsrahmen, der sämtliche audiovisuelle Mediendienste abdeckt. Ziel ist es, die Rechtssicherheit innerhalb der Gemeinschaft zu verbessern und gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.
- In zweiter und dritter Lesung steht das **Zweite Gesetz zur Änderung des Vorläufigen Tabakgesetzes** zur Verabschiedung an. Dieses dient der 1:1 Um-

setzung der Audiovisuelle-Mediendienste-Richtlinie (Richtlinie 2007/65/EG) im Hinblick auf das Verbot des Sponsorings und der Produktplatzierung durch Tabakunternehmen. In Ergänzung der bereits bestehenden Werbe- und Sponsoringverbote nach dem Vorläufigen Tabakgesetz werden für audiovisuelle Mediendienste und Sendungen ein Verbot des Sponsorings durch Tabakunternehmen und ein Verbot der Produktplatzierung zugunsten von Tabakerzeugnissen oder Tabakunternehmen entsprechend den Vorgaben der Richtlinie 2007-65/EG geregelt.

- Mit dem in erster Lesung anstehenden **Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen** wird die gesetzliche Grundlage geschaffen, um als Reaktion auf die Finanzmarktkrise internationale Prinzipien an angemessene und transparente Vergütungssysteme umzusetzen. Es handelt sich um die vom Financial Stability Board im Jahre 2009 entwickelten und von den G-20 gebilligten Prinzipien für Standards für solide Vergütungspraktiken, die verhindern sollen, dass zukünftig Vergütungsstrukturen insbesondere im Bankbereich zur Übernahme von Risiken beitragen. Dazu werden im Kreditwesengesetz (KWG) und im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) die schon bestehenden gesetzlichen Anforderungen an das Risikomanagement von Instituten und Versicherungsunternehmen um Vorgaben für angemessene und transparente Vergütungssysteme erweitert. Gestärkt werden auch die Eingriffsrechte der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).
- In dieser Woche wollen wir das **Einvernehmen zwischen Bundestag und Bundesregierung zum Beitrittsantrag der Republik Island zur Europäischen Union und zur Empfehlung der EU-Kommission vom 24. Februar 2010 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen** erklären. Die Republik Island hat am 17. Juli 2009 einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union gestellt. Nach der neuen Begleitgesetzgebung zum Vertrag von Lissabon hat der Deutsche Bundestag im Falle von Beitritten zur Europäischen Union ein frühzeitiges Mitspracherecht. § 10 EUZBBG schreibt vor, dass die Bundesregierung vor einer Entscheidung im Rat das Einvernehmen mit dem Deutschen

Bundestag herstellen soll. Dieses Einvernehmen wird durch den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bestätigt.

- Wir debattieren **Übergangsmaßnahmen zur Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon**, die sich daraus ergeben, dass der Vertrag erst nach den Wahlen zum Europäischen Parlament in Kraft getreten ist. Auch hier ist das Einvernehmen zwischen Deutschem Bundestag und Bundesregierung nach § 10 EUZBBG herzustellen.
- Das in erster Lesung anstehende **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“** regelt die Besetzung der Sitze im Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Sowohl der Stiftungsrat als auch der wissenschaftliche Beraterkreis werden erweitert, das Berufungsverfahren für den Stiftungsrat wird modifiziert. Die Zahl der Mitglieder im Stiftungsrat erhöht sich von 13 auf 21, im wissenschaftlichen Beraterkreis von 9 auf bis zu 15. Die Wahl der Stiftungsratsmitglieder soll durch den Deutschen Bundestag erfolgen.
- Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Gewährleistung der Sicherheit der Eisenbahnen in Deutschland** beruht auf der Erkenntnis, dass aufgrund der Serie gefährlicher Ereignisse mit Radsatzwellen bei ICE-Zügen sowie der Probleme bei der Berliner S-Bahn Verbesserungen bei der Sicherheit der Eisenbahnen erforderlich sind. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Konzept für die Weiterentwicklung der Gewährleistung der Sicherheit der Eisenbahnen vorzulegen.
- Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Qualitätsoffensive in der Berufsausbildung** stellt die aus Sicht der Koalitionsfraktionen in der Berufsbildung zu setzenden Schwerpunkte zusammen. Durch frühzeitigeres Ansetzen im Schulbereich (Berufsorientierung, Berufsberatung, individuelle Begleitung) soll der Übergang in eine Berufsausbildung leistungsschwächeren Jugendlichen

ermöglicht werden. Mit Blick auf den im Herbst zu verlängernden Ausbildungs-pakt enthält der Antrag einen Appell an die Gewerkschaften, sich an der Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes zu beteiligen und ihren eigenständigen Beitrag für eine verbesserte Berufsausbildung zu leisten.

III. Daten und Fakten

- **Nachfrage nach Produkten „Made in Germany“ steigt:** Die deutschen Ex-porte haben im Februar 2010 überraschend deutlich zugelegt: Die Ausfuhren wuchsen im Vergleich zum Vorjahr um 9,6%. Insgesamt wurden im Februar Waren im Wert von 70 Mrd. € exportiert. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Ausfuhren damit gegenüber dem Januar um 5,1% zu. Die Außenhandelsbilanz schloss im Februar mit einem Überschuss von 12,6 Mrd. € ab. Im Februar des Vorjahres hatte der Saldo noch 8,9 Mrd. € betragen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)
- **Aufwendungen für Arzneimittel steigen stärker als Gesundheitsausgaben:** In Deutschland betragen die Gesamtausgaben für Gesundheit im Jahr 2008 insgesamt 263,2 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie damit um 9,9 Mrd. € oder +3,9%. Für Arzneimittel wurden im Jahr 2008 von allen Ausgabenträgern gut 43,2 Mrd. € ausgegeben (+1,6 Mrd. €; +3,7%). Dabei wurden die stark überdurchschnittlichen Ausgabenanstiege für Arzneimittel der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung von einem Rückgang der Zahlungen der privaten Haushalte, z.B. im Bereich der Selbstmedikation, abgeschwächt. Betrachtet man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum (2000-2008), so wird deutlich, dass die Aufwendungen aller Ausgabenträger für Arzneimittel mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von +4% deutlich stärker als die gesamten Gesundheitsausgaben (+2,7%) wachsen. Bei sich eher konstant entwickelnden Preisen und rückläufigen Mengen wird der Ausgabenanstieg für Arzneimittel insbesondere durch die sogenannte Strukturkomponente (hier: Substitution eines Medikamentes durch ein indikationsgleiches, jedoch neueres und auf-

grund des Patentschutzes meist teureres Arzneimittel) angetrieben. (Quelle: Statistisches Bundesamt und GKV-Arzneimittelindex).